

BürgerInnenbrief **Mitte**

11. November 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ HSH Nordbank +++ Hannoverscher Bahnhof +++ Jugendarbeit +++ Verdrängung +++ Alte Läden in St. Georg +++

Das politische Drama: HSH Nordbank



Finanzsenator Freytag: redet gern schlechte Botschaften schön.

Nun ist amtlich, was seit langem vermutet wurde: Die HSH Nordbank muss sich zum Überleben unter den Rettungsschirm des Bundes begeben. Die Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein benötigt so hohe Bürgschaften wie keine andere Bank zuvor: Bis zu 30 Mrd. Euro Garantien will man aus dem Rettungspaket der Bundesregierung beantragen.

Denn die Krise hat nun auch noch den letzten Euro Gewinn der Bank aufgefressen und ihr satte Verluste beschert. Konten im ersten Halbjahr 2008 noch 129 Mio. Euro als Gewinn nach Steuern ausgewiesen werden, sackte die Zahl nach neun Monaten auf minus 360 Mio. Euro ab. Darin enthalten sind ergebniswirksame Abschreibungen von 720 Mio. Euro. Auch die 120 Mio. Euro Verluste aus der Lehman-Pleite und Belastungen aus dem Engagement bei den inzwischen ver-

staatlichten isländischen Banken von 250 Mio. Euro sind enthalten. Die gesamten Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt über 2,6 Mrd. Euro.

Der bisherige Vorstandschef der HSH Nordbank Peter Berger hat sich vor diesem Hintergrund zum Rücktritt durchgerungen. Dieser Schritt zur Trockenlegung des finanzpolitischen Sumpfes war mehr als überfällig. Blickt man nach Bayern oder Sachsen, dann sind auch weitere Rücktritte im Aufsichtsrat angesagt. Offenkundig haben jetzt die Anteilseigner die Reißleine gezogen: Millionenverluste und Milliardengarantien sollen endlich ein Ende haben. Den Neuanfang will man mit einem Personalwechsel erleichtern.

Wichtig ist ein zweiter Beschluss: Es wird eine Sonderprüfung geben. Damit hat der Aufsichtsrat den neuen Abschluss-

prüfer der Bank, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, zusätzlich beauftragt. Der Vorstand habe Intensität und Dauer der Krise sowie die dadurch zutage getretenen Risiken für die Ertragslage der Bank in diesem Ausmaß falsch eingeschätzt.

Dies ist eine merkwürdige Interpretation. In vier Sitzungen wurde in der Hamburger Bürgerschaft ein Ende des Dramas bei der HSH Nordbank gefordert. Die schwarzgrüne Koalition aber fegte alle Kritik an Finanzsenator Freytag in bekannter Nibelungentreue vom Tisch. Es ist also keine Überraschung, dass die Abschreibungen und Wertpapierberichtigungen auf Finanzanlagen seit dem dritten Quartal die operativen Erträge der Bank überschreiten.

Wofür die nun beantragten Bürgerschaften des Bundes gebraucht werden, ist allerdings immer noch nicht ausgewiesen. Nur ein Teil der Garantiesumme dient nach Angaben der Bank der Unterstützung des Geschäfts. Der andere Teil wird »vorsorglich als Puffer genutzt«. Öffentlich gehandelt wird, dass die HSH Nordbank noch etwa 25 Mrd. Euro »vergiftete« Wertpapiere in ihren Büchern hat, deren Abschreibungsbedarf sehr viel höher sein dürfte als das, was bisher als verloren ausgewiesen ist. Das allein kann allerdings nicht die Höhe der beantragten Bürgschaften erklären. Hinzu kommen neuerdings Schwierigkeiten beim »Kerngeschäft« der Bank, u.a. im Bereich Logistik und Schiffsfinanzierung. Denn hier spürt der größte Schiffsfinanzierer der Welt deutlich Gegenwind angesichts sinkender Frachtraten: »In den nächsten Jahren wird die Schifffahrt schwere Zeiten erleben«, meint Vorstandsmitglied Peter Rieck.

Und: Trotz der enormen Probleme sieht die Bank (noch) keine Notwendigkeit, auf Mittel des Bundes zur Erhöhung des Eigenkapitalbedarfs zurückzugreifen. Die fünftgrößte Landesbank verfüge derzeit über ein Gesamtkapital von 13,5 Mrd. Euro und damit »unter Berücksichtigung von Marktrisiken« über eine Kernkapitalquote von 7,4%.

Der (vorläufige) Verzicht auf Bundesmittel und damit direkte Beteiligung des Bundes an der Bank hat den schönen Vorteil, dass man sich nicht in die Geschäftspolitik reinreden lassen muss. So kann der Vorstand sich auch weiterhin üppige Gehälter leisten. Seine Mitglieder erhielten 2006 Vergütungen in Höhe von 6,3 Millionen Euro. Der 20-köpfige Aufsichtsrat, dem Ex-Finanzsenator Wolfgang Peiner vorsteht und dem Finanzsenator Michael Freytag (beide CDU) angehört, genehmigte sich im selben Zeitraum 567.000 Euro.

Allerdings kann die Bank einen Rückgriff auf die Bundesmittel zur Erhöhung des Eigenkapitalbedarfs schon in naher Zukunft nicht ausschließen. Es hänge auch von der Entwicklung der internationalen Vorschriften ab, ob mehr Kapital gebraucht werde – sprich, ob man den Wert der Papiere im Portefeuille zu aktuellen Marktpreisen, also unter Berücksichtigung des momentanen Abschreibungsbedarfs, ausweisen muss. Denn trotz positiver Ergebnisse in ihren Kerngeschäftsfeldern wird das Kreditinstitut deshalb als Folge einzelner Finanzgeschäfte und der Kapitalmarktentwicklung in diesem Jahr einen Bilanzverlust ausweisen. Unklar bleibt nicht nur die Rolle der Politiker im Aufsichtsrat, sondern auch, ob möglicherweise die Eigentümer selbst eine (weitere) Kapitaler-

höhung bei der Bank stemmen müssen. Die HSH Nordbank braucht frisches Kapital. Allerdings gilt es in diesem Fall als wahrscheinlich, dass allein die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, nicht aber die schleswig-holsteinischen Sparkassen und der Finanzinvestor JC Flowers Geld zuschießen werden. Beide Bundesländer leiden schon jetzt mächtig unter dem Niedergang der Bank. So müssen sie mindestens für die nächsten drei Jahre auf eine Dividende verzichten – dies sind jeweils etwa 210 Millionen Euro, die in Hamburg dann im Pensionsfonds der Stadt fehlen.

Und dies sind nicht die einzigen direkten und indirekten Gefahren für den Haushalt: Die Verluste der Bank müssen aus den Rücklagen beglichen werden, was den Bedarf an neuem Eigenkapital steigen lässt (Anfang 2008 sind bereits zwei Milliarden Euro geflossen). Außerdem sind für die staatlichen Bürgschaften satte Gebühren fällig. Auch die neunprozentigen Zinsen für Darlehen der Stadt an die Nordbank sind in ernsthafter Gefahr.

Von einem vernünftigen Krisenmanagement kann bei der HSH Nordbank nicht die Rede sein. Von einem gemeinsamen Agieren der öffentlichen Eigentümer ist so gut wie nichts zu spüren. Die privatkapitalistische Commerzbank mit einer vergleichbaren Kapitalquote akzeptiert die staatliche Beteiligung, den Verzicht auf Dividenden-Zahlungen und eine drastische Kürzung der Managementgehälter. Die öffentlichen Eigentümer schrecken zum Schaden der Steuerzahler vor einem Kurswechsel zurück.

Finanzsenator Freytag, der Anfang Oktober noch behauptet hatte, die Nordbank sei im Kern gesund, ist »es leid, immer der Überbringer schlechter Botschaften zu sein«. Nach monatelangem Verschleiern der realen Situation und einer immer groteskeren Fehleinschätzung der Finanzkrise fordert der CDU-Politiker den Vorstand der Bank öffentlich auf, die Schiefelage des Finanzinstituts rasch zu beseitigen. Es dürfe nicht sein, dass »die von diesen Sparten erwirtschafteten Gewinne durch Abschreibungen infolge fauler Kredite wieder aufgefressen werden«.

Dies ist ein politischer Kurswechsel, der nicht zu toppen ist. Monatelang zieht der Finanzsenator als Schönredner durch die Lande und kaschiert das miserable Krisenmanagement des Bankvorstandes. Immerhin ist es jedem aufmerksamen Zeitungsleser bewusst, dass die Krise bereits Anfang des Jahres 2007 ausgebrochen ist, mehrere andere Landesbanken massiv in die roten Zahlen geraten sind und auch etliche Politiker ihre Schlafmützigkeit mit einem Rücktritt vom Amt quittiert haben. Jetzt sind diese Fakten offenkundig auch in Hamburg nicht länger zu leugnen. Der Finanzsenator, der Hauptverantwortliche für die Krisenverschleppung bei der Bank, will sich in die Reihe der Kritiker einschleichen.

Der CDU-Bürgermeister Ole von Beust hat bei dem Alptraum »Elbphilharmonie« einen personellen Neuanfang durchgesetzt. Er sollte endlich erkennen, dass mit einem Finanzsenator Freytag das miserable Krisenmanagement kein Ende nimmt. Dem Finanzsenator könnte also geholfen werden: Er ist mit dem Schönreden von schlechten Botschaften definitiv gescheitert.

Gedenkort Hannoverscher Bahnhof



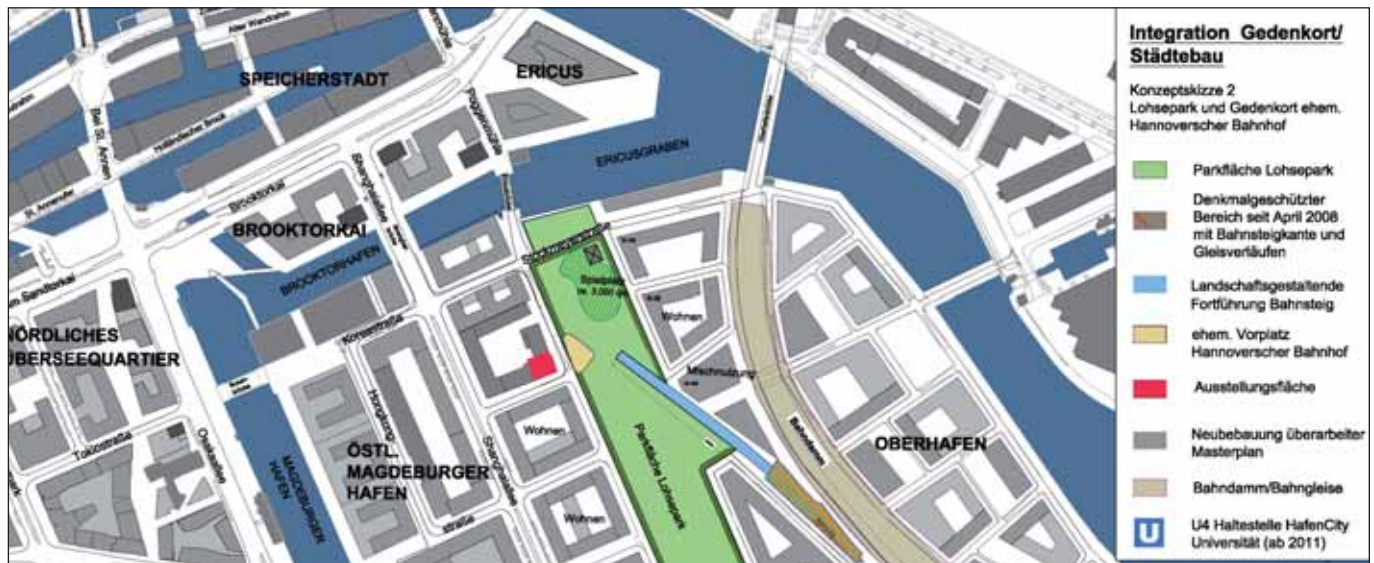
Der Hannoversche Bahnhof

Der Hannoversche Bahnhof (auch Venloer oder Pariser Bahnhof genannt) am Lohseplatz wurde 1872 als Kopfbahnhof gebaut und verband Hamburg u.a. mit Hannover und Paris. Nach der Eröffnung des Hauptbahnhofs im Dezember 1906 wurde er als »Hauptgüterbahnhof« genutzt. Während der NS-Zeit diente er erstmals bereits im Mai 1940 der Deportation von 910 Roma und Sinti aus Hamburg und Norddeutschland, zwischen Oktober 1941 und Februar 1945 wurden in mindestens 20 weiteren Deportationszügen wenigstens 7.112 Menschen vor allem jüdischer Herkunft in die osteuropäischen Konzentrationslager und Ghettos verschleppt. Nur ein kleiner Teil der über den Hannoverschen Bahnhof deportierten HamburgerInnen hat das Martyrium in den Lagern überlebt. Lucille Eichengreen, die am 25./26. Oktober 1941 mit einem Deportationszug nach Litzmannstadt transportiert wurde, beschrieb die Situation nach der Sammlung in der »Provinzialloge für Niedersachsen« in der Moorweidenstraße wie folgt: »Erst im Dunklen, spät abends, wurden wir aus diesem Gebäude wie eine Viehherde wieder herausgetrieben und in große Eisenbahnwaggons verfrachtet. Danach hörten wir, wie die Waggons von außen verriegelt wurden. Die Waggons waren überfüllt, stickig und heiß, die Menschen in ihnen waren nervös und gereizt. Kinder weinten, Erwachsene waren ungeduldig...« (Lucille Eichengreen: Von Asche zum Leben. Hamburg 1992. S. 53.)

Nach langen Diskussionen über die Entwicklung eines Gedenkortes in Erinnerung an die Deportationen vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof in der heutigen östlichen HafenCity hat die Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin von Welck, Anfang dieses Jahres eine Steuerungsgruppe einberufen. Ende Oktober 2008 wurden die Ergeb-

nisse vorgestellt und auf einer öffentlichen Veranstaltung mit Vertretern der Institutionen und Verbände der Überlebenden und Hinterbliebenen diskutiert.

Endlich zeichnet sich eine – allerdings erst in einigen Jahren realisierte – Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof ab. Auch wenn die Planungen als Teil einer Marketingstrategie der HafenCity-Planungen erscheinen, ist es doch zu begrüßen, dass nun einer der wichtigsten Orte der Verfolgung von Sinti und Roma, jüdischen und anderen MitbürgerInnen in Hamburg die gebührende Aufmerksamkeit bekommt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, wichtige Orte des nationalsozialistischen Terrors und der Verfolgung in angemessener Form in Erinnerung zu halten. Am Lohseplatz kann interessierten BürgerInnen und insbesondere auch SchülerInnen das Schicksal Tausender Deportierter nahegebracht und das antidemokratische, terroristische und rassistische Wesen des Nationalsozialismus veranschaulicht werden. Bei der zukünftigen Gestaltung der Gedenkstätte und speziell der inhaltlichen Schwerpunktsetzung ist ein besonderer Akzent auf die Rolle der Bahn zu setzen. Mit Hilfe der Deutschen Reichsbahn wurden über ihr Schiennetz insgesamt mehr als drei Millionen Menschen aus ganz Europa in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager geschleust. Unter den Opfern befanden sich auch ca. eine Million Kinder und Jugendliche. Die Infrastruktur der Reichsbahn hat damit einen entscheidenden Beitrag zur Massendeportation und -ermordung geleistet. »Der citynahe ehemalige Hannoversche Bahnhof war der größte und zentrale Deportationsbahnhof des Hamburger Stadtgebietes«, formulierte der Historiker Marut G. Perle anlässlich der Mahn- und Gedenkveranstaltung »Weg der Erinnerung« am 25. Oktober 2007. »Im Vergleich zu der bekannten Bedeu-



tung der Gestapo, der Ordnungspolizei und der Finanzverwaltung wird die Rolle der Reichsbahndirektion Hamburg für die regionale und städtische Deportationslogistik nicht wahrgenommen. Am Ende der Abfolge logistischer Maßnahmen zur Verschleppung Tausender Menschen stand die Abfahrt des Deportationszuges aus dem Bahnhof. Der Hannoversche Bahnhof steht also symbolisch für den Endpunkt der behördlichen und polizeilichen Maßnahmen zur lokalen Beseitigung der bürgerlichen Existenz vieler Menschen. Er steht aber zugleich auch als Ausgangspunkt symbolisch für den Weg in die physische Vernichtung« (aus der Erklärung der Initiative »Weg der Erinnerung«).

Wie schwer sich die Deutsche Bahn mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verstrickungen ihrer Vorgängerin tut, zeigte sich von 2005 bis 2007, als die Deutsche Bahn sich lange sträubte, einen »Zug der Erinnerung« mit einer Ausstel-

lung über die Deportation von 11.000 jüdischen Kindern in den Tod in bundesdeutschen Bahnhöfen zuzulassen.

Neben der würdigen Gedenkstätte am Lohseplatz sollte auch ein erkennbares Mahnmal innerhalb des Hauptbahnhofgebäudes errichtet werden. Bei allen Planungen für die neue Gedenkstätte müssen die Initiativen und Opferverbände in die Planung und Gestaltung von Gedenkort und Ausstellungen einbezogen werden. In diesem Zusammenhang seien auch die Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive genannt, die einen wesentlichen Anteil an der historischen Aufarbeitung der Verfolgung und der Biographien vieler Verfolgter im Nationalsozialismus hatten und haben. Die von der ehemaligen Kultursenatorin Dana Horokova verhängte drastische Mittelkürzung für die Geschichtswerkstätten muss zurück genommen und der Etat nachträglich um die zwischenzeitlich erlittenen Inflationsverluste erhöht werden.

Jugendarbeit in Bedrängnis

Anderswo werden gegenwärtig Milliarden verpulvert, da wird vom PISA-Schock und besseren, gerechteren Startbedingungen für die jungen Menschen gesprochen – doch für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte soll zukünftig noch weniger bleiben. Bereits seit 1997 (!) sind die Ausgaben in diesem Bereich gedeckelt, alleine zwischen 2001 und 2006 mussten die bezirklichen Kinder- und Jugendeinrichtungen Kürzungen in einer Gesamthöhe von 1,4 Mio. Euro hinnehmen.

Dem Haus der Jugend St. Pauli ist dadurch eine Stelle abhanden gekommen, im Jugendzentrum Horner Geest eine halbe, im CVJM-Spielhaus in St. Georg wiederum eine ganze usw. Und nun ist auch noch angekündigt, dass im Jahre 2009 weitere 400.000 Euro gestrichen werden sollen, was unweigerlich die Gefährdung der einen oder anderen Einrichtung zur Folge hätte. »In der Rüstung sind se fix, für die Jugend ham se nix!« – diese in den 1970er Jahren skandierende Parole bekommt in Mitte wieder traurige Berechtigung.

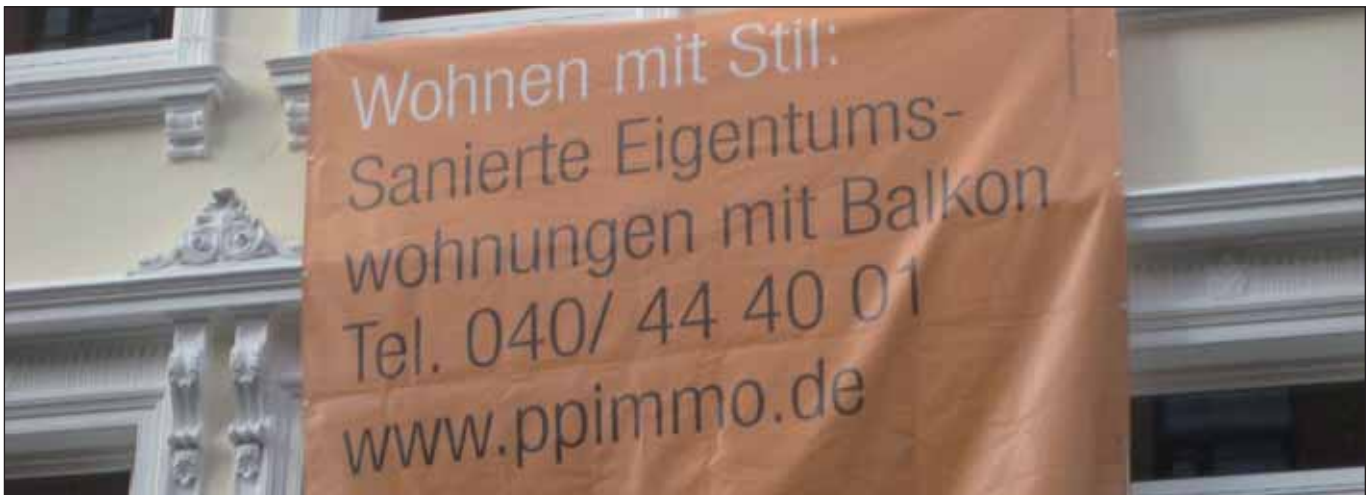
Grundlage für diese katastrophale Entwicklung ist ein höchst fragwürdiger Berechnungsschlüssel. Die Zuwendungen der Sozialbehörde berücksichtigen nämlich vorrangig die Anzahl der Kinder in den jeweiligen Stadtteilen, nicht aber deren soziale Lage. Konkret gesagt: Die spezielle Benachteiligung in Vierteln mit hohem Anteil an einkommensarmen Schichten, Hartz-IV-EmpfängerInnen, Zuwanderern und Flüchtlingen spielt in der Mittelzuweisung keine Rolle mehr. Dabei wären gerade im Kinder- und Jugendbereich ausgleichende Maßnahmen und eben eine bessere Ausstattung als beispielsweise in Blankenese von zentraler Bedeutung. Es macht schließlich einen gewaltigen Unterschied aus, ob für das Projekt »VAMOS – Berufsorientierung und Beratung Jugendlicher und Jungerwachsener« in der St. Georger Jugendeinrichtung »Schorsch« zukünftig womöglich nur noch ein paar Honorarstunden oder eine ganze Stelle zur Verfügung stehen. 60% der BesucherInnen dieser Einrichtung haben einen Migrationshintergrund, und viele von ihnen kämp-

fen mit allergrößten Problemen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund setze ich mich daher nachdrücklich für die Zurückweisung der neuerlichen Streichungspläne ein. DIE LINKE sieht die qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit als einen der wichtigsten Pfeiler für die

Entwicklung einer auf mehr Chancengleichheit beruhenden Gesellschaft an. Gerade in den benachteiligten Quartieren darf der entsprechende Etat nicht beschnitten werden. Hier sind jetzt geeignete Initiativen der LINKEN auf Bürgerschafts- und Bezirksebene gefragt!

Meine Wut sitzt tief

Von der Umwandlung zur Verdrängung | von Michael Joho



Die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN setzt sich in ihrem wohnungspolitischen Programm u.a. für den Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen insbesondere in den innerstädtischen Quartieren ein. Die - zugegebenermaßen nicht einfache - Durchsetzung dieser Forderung wäre ein zentraler Pflock, das Grundrecht der Menschen auf ihre Wohnung zu sichern und bezahlbare Mietwohnungen zu erhalten.

Was diese Umwandlung für psychische und soziale Folgen hat, habe ich in den vergangenen acht Jahren leider selbst erleben müssen. Die entsprechenden Erfahrungen zu vermitteln, ist dennoch eine schwierige Angelegenheit: Obwohl ich vielen FreundInnen immer wieder davon erzählt habe, werde ich regelmäßig mit der Frage konfrontiert, ob wir, d.h. meine Frau und ich, denn wirklich die Wohnung verlassen müssen. Ja, wir müssen! Ich will einmal schildern, was bei und nach der Umwandlung passiert, einem Akt, der alleine in St. Georg in den letzten zehn Jahren die MieterInnen von nahezu 300 Wohnungen betroffen und belastet hat.

Ich wohne seit Anfang der 1980er Jahre in der Koppel, in einem Haus, das lange Zeit von Erbgemeinschaft gehörte. Vor acht Jahren ist das Gebäude mit seinen knapp 20 Mietwohnungen verkauft worden, zunächst an die Firma Haueisen, die eine maßgebliche Rolle bei der Umwandlung und »Aufwertung« in St. Georg spielt. Vorausgegangen war die Veräußerung des städtischen Nachbargrundstücks - der Schule Koppel 96/98 samt Turnhalle an der Langen Reihe. Trotz massiver Proteste im Stadtteil wurde das Objekt nicht an ein in den Startlöchern stehendes St. Georger Wohnprojekt, sondern im Rahmen eines Höchstgebotsverfahrens an Spekulanten

verhökert. Aus der ehemaligen, übrigens für den Stadtteil sport unbedingt nötigen Halle wurde bald ein weiteres, überflüssiges Restaurant, und das Schulgebäude baute der »Investor« zu »hochwertigen« Eigentumswohnungen um mit Preisen bis zu kaum glaublichen 6.000 Euro pro Quadratmeter.

Von dieser Entwicklung wollte sich auch die Firma Haueisen eine Scheibe abschneiden, stieß allerdings auf eine gut funktionierende Hausgemeinschaft, die ihre Rechte wahrzunehmen wusste. Und so verkaufte Haueisen das Gebäude kurzerhand an eine andere, dubiose Immobilienfirma weiter, nicht ohne einen Extraprofit einzufahren, denn zwischenzeitlich hatte man für sämtliche Wohnungen beim Bezirksamt für ein paar Euros Abgeschlossenheitserklärungen erwirkt. Nur eine für abgeschlossen erklärte Wohnung kann einzeln verkauft werden. Ich erinnere noch den Tag, für den jemand vom Bezirksamt angekündigt war, um die Abgeschlossenheit unserer Wohnung vor Ort zu überprüfen. Es kam niemand, vielmehr wurde die Bescheinigung am grünen Tisch ausgestellt, obwohl der dem Bezirksamt bestenfalls vorliegende Grundriss knapp 100 Jahre alt ist und die Wohnungen teilweise erhebliche bauliche Veränderungen erfahren hatten.

Die auf Haueisen folgende, eigens für diesen Coup gegründete Immobilienfirma O. machte Tabula rasa: Innerhalb weniger Monate wurden sämtliche Wohnungen an neue EigentümerInnen verkauft; nur zwei Mietparteien aus dem Haus erwarben ihre langjährig gemietete Wohnung selbst. Unsere rund 100 qm große Wohnung musste uns zunächst im Rahmen des gesetzlich verankerten Vorkaufsrechts angeboten werden. Wir hätten damals gut 200.000 DM für den unsanierten Altbau zahlen müssen, hatten aber weder das Geld

dafür, noch waren wir am Erwerb einer Eigentumswohnung interessiert. Wenig später schickte uns die Firma O. KaufinteressentInnen ins Haus. Das war eine höchst unangenehme Erfahrung, wildfremde Menschen durch die eigene Wohnung zu führen, von denen die dreistesten – trotz unserer klaren Ansage, bis zum letzten Moment, also noch zehn Jahre in der Wohnung ausharren zu wollen – in unserem Beisein mal eben erörterten, wo sie ggfs. ihr Bett und den Schrank aufstellen würden. Ich hätte die Leute am liebsten aus der Wohnung geschmissen, in der ich damals immerhin schon 20 Jahre wohnte und eigentlich auch alt werden wollte.

Mit dem Verkauf unserer und einer Nachbarwohnung an einen Anwalt und dessen Eintragung ins Grundbuch fing der Uhrzeiger an zu ticken. Nach der Umwandlung haben die MieterInnen noch für zehn Jahre ein Wohnrecht, dann kann problemlos die Kündigung erfolgen, wenn Eigenbedarf angemeldet wird. In unserem Fall war von Anfang klar, dass die Wohnung rechtzeitig an jemanden weiter verkauft wird, der tatsächlich dort einziehen will.

Die andere, von unserem neuen Vermieter erworbene, gleich große Wohnung ist übrigens im vergangenen Jahr wegen eines Ortswechsels der MieterInnen frei geworden; sie wurde daraufhin im »Abendblatt« für mehr als 300.000 Euro angeboten. In nicht einmal sieben Jahren eine satte Gewinnsteigerung im sechsstelligen Bereich – für gut 200.000 DM erworben, für gut 300.000 Euro verkauft! Was mich bei dieser Umwandlungswelle u.a. so wütend macht, ist der Umstand, dass einigermaßen bezahlbare Mietwohnungen dadurch unwiderruflich zu unerschwinglichen Eigentumswohnungen werden, und jeder weitere Verkauf wird den Preis weiter nach oben treiben!

Erwähnt sei noch, dass die Firma O. in den wenigen Monaten ihrer Existenz alles daran setzte, die teilweise langjährigen MieterInnen für 20 bis 30.000 DM herauszukaufen. In einigen Fällen ist dies auch gelungen; die Wohnungen wurden, weil »entmietet«, für bis zu 100.000 DM teurer auf dem »Markt« angeboten und problemlos veräußert. Eine weitere Gruppe der angestammten Mieterschaft verließ das Haus in den darauf folgenden Jahren, überwiegend angenervt von den nicht mehr abreißen lassen Konflikten und Veränderungen.

Kaum waren die Verkäufe abgeschlossen, setzte die nächste Etappe der Belastungen ein. Wer in seine neue Eigentumswohnung zog, nahm vorweg schnell noch einige grundlegende bauliche Veränderungen vor. Mir fiel damals auf, dass über Monate Schuttcontainer vor dem Haus standen, die regelmäßig abtransportiert wurden. Da ich tagsüber oft am Schreibtisch saß, konnte ich über einen langen Zeitraum lautstarke Bohr- und Meißelarbeiten vernehmen. Irgendwann wurde mir doch ein wenig bange und ich fragte NachbarInnen, ob bei all den Mauereinrissen (die dazu dienen, doppelt so große Zimmer zu schaffen) eigentlich auch die Statik Berücksichtigung fände. Auf der nächsten Eigentümerversammlung ergab eine besorgte Nachfrage, dass zum allgemeinen Schrecken etwa ein Dutzend Mauern abgetragen worden waren, ohne dass auch nur in einem einzigen Fall die Statik geprüft worden war! My home is my castle... was in einem



Koppel 100: Von der Mietergemeinschaft zu teurem Wohneigentum

mehrgeschossigen Gebäude irgendwann an seine Grenzen stößt. De facto musste in einigen Wohnungen hier eine Querstrebe oder da auch mal ein Pfeiler eingesetzt werden, um das Schlimmste zu verhindern.

Zu den vielen kleineren Geschichten dieser Phase gehört die Kündigung unserer vergleichsweise großen Bodenräume, stattdessen gab es einen minikleinen Kellerraum als Ausgleich. Die geräumte Bodenetage wurde dann aufgestockt, um zwei Maisonettewohnungen zum Preis von rund 800.000 Euro zu bauen. Da die Außenhaut eines Gebäudes Angelegenheit der Eigentümergemeinschaft ist, versuchte der Investor, das um ein Stockwerk hochgesetzte Dach auf eben diese umzulegen. Ärger über Ärger, in diesem Fall auch einmal für die Eigentümergemeinschaft, die längst so manchen Prozess miteinander ausgetragen hat.

Exemplarisch ist für mich eine andere Story. Seit vielen Jahren hatte sich die Mietergemeinschaft einen kleinen Fahrradkeller geteilt und dafür monatlich pro Rad fünf DM entrichtet. Nach der Umwandlung wurde er uns gekündigt, ersatzlos wohlgermerkt, um darin eine neue Garage für eine der Maisonettewohnungen zu bauen. Damit aber die Garage von der hier in einer Kurve verlaufenden Koppel aus befahrbar wurde, mussten vor dem Haus anderthalb öffentliche Parkplätze aufgehoben werden. Die Bilanz dieser „guten Tat“: Ein gutes Dutzend Fahrräder wurde obdachlos und anderthalb öffentliche Parkplätze aufgehoben, nur damit ein (1!) Auto, sicher gut bezahlt, in der Garage gesichert einparken kann.

Ich könnte mittlerweile ein kleines Buch schreiben über solcherart Geschichten, über die Auswirkungen der Umwandlung und die nachhaltigen, negativen Veränderungen im

Haus. Lange vor dem Ablauf der Zehn-Jahres-Galgenfrist lebt hier nur noch ein Drittel der ehemaligen MieterInnen, von den beiden Käuferhaushalten einmal abgesehen. Vom ersten Tag der Umwandlung an hatte ich zwei Seelen ach in meiner Brust: Soll ich lieber gleich eine andere Wohnung suchen (was zu erschwinglichen Bedingungen in St. Georg heutzutage nur noch als absoluter Glücksfall zu haben ist) oder mein Wohnrecht bis zum allerallerletzten Tag verteidigen? Wir sind bisher acht Jahre wohnen geblieben, aber der drohende Kündigungstermin war uns von Anfang an vor Augen und hat für so manche traurige und frustrierte Debatte gesorgt.

Es empört mich kolossal, dass das Wohnrecht von Menschen derart mit Füßen getreten wird, es erfüllt mich mit

Wut, dass die Hausgemeinschaft und meine Verbundenheit mit der Umgebung einfach so ignoriert und weggeputzt, dass Wohnungen zum reinen Markt- und Renditeobjekt degradiert werden. Und es ärgert mich unsäglich, dass die Stadt und die Bezirksparteien CDU, SPD und GAL sämtliche Aufschickungsprojekte, Hotelneubauten und Abrisspläne in der jüngeren Vergangenheit in St. Georg schamlos durchgewunken haben und eine seit mehr als zehn Jahren von den Stadtteilinitiativen geforderte soziale Erhaltensatzung immer wieder abgelehnt oder hinausgeschoben wird. Hier ist DIE LINKE zumindest das Sprachrohr, die Sorgen und Nöte von MieterInnen auf den Punkt zu bringen und den Verdrängern Paroli zu bieten!

Tolle Aufwertung ?

Am 12. November weihen Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust, Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, Michael Mathe (Leiter des Dachamtes für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes) sowie Michael Westhagemann (Siemens AG) den in den vergangenen Monaten umgestalteten Lindenplatz an der Lindenstraße/Ecke Adenauerallee ein. Die Pressestelle des Senats mobilisiert dafür die Medien unter der Überschrift »Tolle Aufwertung für St. Georg«.

Zweifellos ist die Herrichtung eines Platzes im Wohngebiet eine gute Sache. Und auch ein neuer »Quartiersplatz« in einem ansonsten freiflächenarmen Viertel ist zu begrüßen. In diesem Sinne ist der Platz bereits am 3. Oktober mit einem Familienfest seitens des St. Georger Einwohnervereins eingeweiht worden. Doch mit der »tollen Aufwertung« ist es so eine Sache. Schließlich haben die Aufschickungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren zu massiven Mietpreiserhöhungen und zur Umwandlung von knapp 300 günstigen Miet- in für die langjährig ansässige Bevölkerung unerschwingliche Eigentumswohnungen gesorgt. Der Ausländeranteil ist deswe-

gen innerhalb von 15 Jahren von 52 auf 31% gesunken, andere im Durchschnitt einkommensärmere Schichten und insbesondere Familien haben den Stadtteil in hoher Zahl verlassen, der Kinder- und Jugendanteil beträgt heute nur noch gut 8%, halb so viel wie im Hamburger Durchschnitt.

DIE LINKE begrüßt die Herrichtung des Lindenplatzes zu einem für die Menschen vor Ort nutzbaren Quartiersplatz. Angesichts der Vielzahl an »Aufwertungsprojekten« in St. Georg ist allerdings überfällig, sich seitens des Senats und des Bezirks endlich auch darüber Gedanken zu machen, wie die berechtigten Wünsche der Bevölkerung, nicht verdrängt zu werden, realisiert werden können. Seit mehr als einem Jahrzehnt weigern sich die politisch Verantwortlichen, eine soziale Erhaltensatzung als Schutz gegen die anhaltende Umwandlungswelle für ganz St. Georg zu verabschieden. Im Übrigen weisen wir alle Bestrebungen zurück, einen Teil des öffentlichen Platzes als Siemens-Platz einzuweihen, weil diese Firma sich mit einem Teilbetrag an den Umgestaltungskosten beteiligt hat.

Armut und Protest auf der Bühne

Die Verlesung von Namen superreicher HamburgerInnen im Rahmen einer Schauspielhaus-Darbietung sorgt in den letzten Wochen weniger für einen Theater-, wohl aber für einen Skandal um die amtierende Kultursenatorin Prof. Karin v. Welck. Nach ihrer Kritik an der Namensnennung ruderte sie zwar zurück und betonte, diese lediglich »als Bürgerin« geäußert zu haben. Dies Ernst zu nehmen fällt aber schwer, denn die Dame ist eben Kultursenatorin und zudem auch noch Aufsichtsratsvorsitzende des Deutschen Schauspielhauses. Dass also Druck ausgeübt wird auf die MacherInnen des Stücks und die Intendanz, liegt auf der Hand. Es entbehrt zudem einer gewissen Komik nicht, wenn sie darauf hinweist, auch die Reichen würden Steuern zahlen. Für wie doof hält sie das Publikum, das sehr wohl weiß, dass in der Republik und insbesondere in Hamburg das Arm-Reich-Gefälle immer größer wird, dass die Reichen immer weniger Steuern zahlen und

gleichzeitig die Armen immer weniger zum Überleben haben?!

Jedenfalls lohnt ein Besuch des inkriminierten und von Volker Lössch inszenierten Stücks »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?« Darin debattieren der Schriftsteller Marquis de Sade und der radikale Führer der französischen Revolution, Jean Paul Marat, über die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Umwälzung. Darüber hinaus treten auch 25 Hamburger BürgerInnen in Erscheinung, die sich als Hartz-IV-Opfer zu den Ausgegrenzten dieser Metropole zählen und auf der Bühne ihre Lust auf Revolution erpoben. Wer an einem kritischen, gegenwartsbezogenen »Ideendrama« frei nach Peter Weiss interessiert ist, wem die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit nicht egal ist, sollte die Inszenierung nicht verpassen. Die nächsten Aufführungstermine fallen auf den 20.11., 4. und 11.12. jeweils um 20 Uhr.

Zum Verschenken und Selbstaufhängen



Feuzi Ates lebt mit seiner Frau Güler seit 1972 in St. Georg. Vor zwei Jahren haben sie die Reinigung Friedrich in der Danziger Straße übernommen. Die Reinigung ist in den fünfziger Jahren von Frau Friedrich eröffnet worden. Frau Friedrich ist im vergangenen Jahr im Altersstift an der Koppel gestorben.

St. Georg befindet sich in einem rasanten Wandel. Ehemals die Schmutzdecke hinter dem Hauptbahnhof, hat sich die Gegend zwischen Münzviertel und Alster zu einem lebens- und liebenswerten Viertel entwickelt. Die Kehrseite: Immer weiter steigende Immobilien- und Mietpreise verdrängen zunehmend die alten Bewohner und Gewerbetreibenden, die seit Jahrzehnten mit ihrer Vielfalt und bunten Mischung das Bild des Stadtteils geprägt haben. Doch es gibt sie noch: den Schuster, den Uhrmacher, den Eisenwarenladen...

Der St. Georger Fotograf Mathias Thurm hat die Zeit für einen kurzen Augenblick angehalten und zeigt in Momentauf-

nahmen Ausschnitte von St. Georg, die in ein paar Jahren so mit Sicherheit nicht mehr zu sehen sein werden. Er hat Fotos, die bereits in einer Fotoausstellung, die im Sommer 2008 im Kulturladen St. Georg gezeigt wurden, zu einem attraktiven Monatskalender »Die alten Läden von St. Georg 2009« zusammengestellt, den ich zum Verschenken und Selbstaufhängen nur empfehlen kann.

Der Kalender hat 14 Blätter im Format DIN A 3, eine Spiralbindung und kostet 18.50 €. Erhältlich ist er im Buchhandel, bei der Geschichtswerkstatt, in diversen St. Georger Geschäften und beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.